

Niederschrift

**über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen
des Kreises Warendorf am 25.04.2017
in Ennigerloh, Alte Brennerei Schwake**

(6. Sitzung der Wahlperiode)

Inhalt:

Lfd.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Seite
1.	Wahl des/der Vorsitzenden und des/der stellvertretenden Vorsitzenden	3
2.	Sachstand zur Umsetzung des Inklusionsplanes	4
3.	Vorstellung des "Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) für den Regierungsbezirk Münster" in Münster	5
4.	Verschiedenes / Neuer Termin	6

Anlage

Liste der Beauftragten der Städte und Gemeinden für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Kreis Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf
Postfach 11 05 61
48207 Warendorf

Ansprechpartner:
Herr Schabhüser
Telefon 0 25 81/53-5012
Fax 0 25 81/53-95012
E-Mail: Helmut.Schabhueser@
kreis-warendorf.de

**Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen
des Kreises Warendorf am 25.04.2017**

Sitzungsbeginn: 15.00 Uhr

Sitzungsende: 18.15 Uhr

Anwesend:

vom Beirat für Menschen:
mit Behinderungen Ruth Bayer
Dr. Klaus Blex
Thomas Empting
Siegrid Kurp
Manfred Lensing-Holtkamp
Günter Holz
Ralf Kirchhoff
Christel Laumann
Hans-Joachim Mettler
Josef Niehenke
Monika Rüschenbeck
Susanne Schloms
Marion Schmelter
Robert Strübbe
Sabine Tenambergen
Detlef Weißenborn

es fehlen: Martin Behnke
Astrid Birkhahn
Claudia Elkmann
Pia Hermans
Annegret Kost-Ateser
Petra Pioch
Christoph Pundt
Philipp Röhl
Stephan Schulte
Günter Schweer
Josef Strohbücker
Hans-Jürgen Vicariesmann

von der Verwaltung: Johanna Hahn Rath
Anne Middendorf
Helmut Schabhüser
Richard Uhkötter

Gast: Oliver Schneider, Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 25.04.2017

Die Sitzung beginnt mit der Besichtigung der Kinderkurzzeitpflege "Lummerland" in Ennigerloh. Herr Lensing-Holtkamp und Frau Stuckstedte erläutern die Wohnmöglichkeiten für Kinder und Jugendlichen sowie die Arbeit der Einrichtung. Die vorhandenen 6 Wohnplätze seien nahezu das ganze Jahr über vollständig ausgebucht. Die Vergabe der Plätze erfolge im Herbst des Vorjahres.

Die Plätze seien inzwischen fast ausschließlich an Bewohner/innen aus dem Kreis Warendorf vergeben.

Sollte in Zukunft eine Erweiterung der Platzzahl in der Einrichtung stattfinden, sei geplant, auch Plätze für Erwachsene vorzuhalten.

Auf spätere Nachfrage von Herrn Kirchhoff, ob auch gehörlose Personen im Lummerland untergebracht werden können, erläutert Herr Lensing-Holtkamp, dass die Mitarbeiter über keine Kompetenzen in der Gehörlosensprache verfügen würden.

Nach der Besichtigung begrüßt Frau Middendorf die Mitglieder des Beirates in der Alten Brennerei Schwake in Ennigerloh.

Herr Bertholt Lülff, Bürgermeister der Stadt Ennigerloh, betont in seinem Grußwort an den Beirat die Bedeutung der Inklusion und dass diese bei den Menschen in der Gesellschaft ankommen müsse. Für die Stadt Ennigerloh habe Inklusion eine hohe Bedeutung, in den Räumlichkeiten der Alten Brennerei fänden daher verschiedenste Veranstaltungen zum Thema statt, zumeist organisiert von der Inklusionsbeauftragten Frau Schmelter.

TOP 1: Wahl des/der Vorsitzenden und des/der stellvertretenden Vorsitzenden

Frau Middendorf bittet um Vorschläge zur Wahl des/der Vorsitzenden. Vorgeschlagen werden Frau Schloms und Frau Schmelter. Frau Schmelter erklärt, nicht für eine Wahl zur Verfügung zu stehen. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Frau Middendorf lässt über die Wahl von Frau Schloms als Vorsitzende abstimmen:

Ja	13 Stimmen
Nein	0 Stimmen
Enthaltung	3 Stimmen

Frau Schloms nimmt die Wahl an und übernimmt den Vorsitz der Sitzung.

Sie erinnert an Herrn Wilhelm Büker, der im Dezember 2016 verstorben ist und seit Gründung des Beirates Mitglied war.

Frau Schloms bittet um Vorschläge zur Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden. Vorgeschlagen wird Herr Lensing-Holtkamp. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Frau Schloms lässt über die Wahl von Herrn Lensing-Holtkamp als stellv. Vorsitzenden abstimmen:

Ja	14 Stimmen
Nein	0 Stimmen
Enthaltung	2 Stimmen

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 25.04.2017

Herr Lensing-Holtkamp nimmt die Wahl an.

Rückmeldungen zum Protokoll der letzten Sitzung erfolgen nicht, ebenso keine Anträge oder Ergänzungen zur Tagesordnung.

TOP 2: Sachstand zur Umsetzung des Inklusionsplans

Frau Hahnraht teilt mit, dass von den 150 Maßnahmen des Inklusionsplans für die Umsetzung 74 in die Zuständigkeit des Kreises fallen. Die kurzfristigen Maßnahmen seien inzwischen umgesetzt bzw. ist mit der Umsetzung begonnen worden. Bei 13 der mittelfristigen Maßnahmen konnte der Umsetzungsstand aktualisiert werden.

Frau Hahnraht erläutert verschiedene Maßnahmen.

Herr Niehenke stellt die grundsätzliche Frage, in welchem Umfang die Personaldecke beim Kreis ausreichend ist für die Umsetzung des Inklusionsplans.

Frau Middendorf erklärt, dass bei der Kreisverwaltung verschiedene Stellen für Aufgaben der Inklusion zuständig seien, eine Personalausweitung habe es nicht gegeben. Die Umsetzung werde jedoch federführend von Frau Hahnraht begleitet. Die Aufgaben beim Kreis Warendorf seien auch nicht vergleichbar mit denen der Ortsbehörden.

Herr Lensing-Holtkamp erkundigt sich, wie die Städte und Gemeinden stärker mit eingebunden werden können im Rahmen der Inklusion.

Frau Middendorf erklärt, dass hier jede Stadt für sich selbst entscheide, der Kreis könne lediglich für die Inklusion werben.

Frau Rüschenbeck bittet um eine Liste aller Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Frau Hahnraht sagt zu, dass diese dem Protokoll beigelegt werde.
(sh. Anlage)

Herr Kirchhoff wünscht sich einen verstärkten Austausch, wie er mit anderen Gehörlosen Kontakt aufnehmen könne, wie er als Ehrenamtlicher arbeiten könne und wer den dafür erforderlichen Dolmetscher zahlen würde. Er plädiert außerdem dafür, gehörlosen Schülern die Teilnahme am Unterricht in der Regelschule zu ermöglichen.

Frau Schmelter regt an, den Wegweiser für Menschen mit Behinderungen zu aktualisieren.

Zur Maßnahme Nr. 66 – Notrufsysteme für gehörlose Menschen – weist Frau Schmelter auf einen Entschließungsantrag im Landtag hin, der die Landesregierung zu weiterem Handeln auffordert (Landtag NRW, Drucksache 16/14192 vom 07.02.2017).

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 25.04.2017

TOP 3: Vorstellung des "Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) für den Regierungsbezirk Münster" in Münster

Herr Schneider, KSL Münster, teilt mit, dass es seit dem 01.02.2016 in Münster mit dem KSL eine Anlaufstelle für Fragen rund um den Themenbereich Selbstbestimmt Leben und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gibt.

Dieses sei als eines von 5 Zentren in NRW für den Regierungsbezirk Münster zuständig. Des Weiteren gebe es ein KSL für Menschen mit Sinnesbehinderungen NRW in Essen. Die Errichtung der Zentren erfolgte im Rahmen des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“.

Die Finanzierung der KSL erfolge durch Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und des Landes NRW. In Münster seien 6 Mitarbeiter/innen mit 4,25 Stellenanteilen beschäftigt (Diplom-Pädagogen, Juristin).

Die KSL in Münster biete kostenlos an:

- Informationen über das Thema Selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen (Persönliches Budget, BTHG, Assistenz...)
- Bedarfsermittlung im Regierungsbezirk Münster (Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Ehrenamt, Lotsenprojekt, inklusive Prozesse in der Region, Probleme und Defizite)
- Bestandsaufnahme guter Beispiele
- Vernetzung kompetenter Akteure im Regierungsbezirk Münster durch Runde Tische
- Vermittlung von kompetenten Experten für andere Inklusionsthemen
- Stärkung von Hilfesystemen und deren Akteure
- Stärkung Regionaler Selbsthilfe-Netzwerke
- Kampagnen zur Bewusstseinsbildung (Wege in eine inklusive Gesellschaft)
- Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen in der Kommunen (Unterstützung durch das Projekt „Mehr Partizipation wagen“)
- Enge Kooperation mit dem NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW
- Einbeziehung der Organisationen der Senioren und Migrantinnen

Herr Schneider weist darauf hin, dass es noch ein langer Weg sei, bis eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen realisiert werden könne. Dafür müsse zunächst auch ein neues Bewusstsein geschaffen und die Menschen für dieses Thema sensibilisiert werden. Wichtig sei es, einen Perspektivwechsel anzustoßen, weg von der defizitären Betrachtung hin zur gewinnbringenden Betrachtung von Ressourcen und neuer Chancen.

Die Gesellschaft müsse ermutigt werden, Menschen mit Behinderungen in alle Lebensbereiche wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Freizeit, Sport, Kultur selbstverständlich mit einzubeziehen. Zudem müssen Menschen mit Behinderungen gestärkt werden, ihre eigenen Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

Herr Schneider bittet darum, bei Fragestellungen und bestehenden Bedarfen Kontakt mit der KSL aufzunehmen, dieses sei ausdrücklich gewünscht.

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 25.04.2017

Frau Rüschenbeck bemängelt, dass Inklusion für Menschen mit Behinderungen in der Praxis oft auch Exklusion bedeute. Als Beispiel erläutert sie, dass die mobileren, selbständigeren Bewohner von Einrichtungen in das Betreute Wohnen wechseln. Diese Bewohner fehlen den stationären Einrichtungen dann bei der Unterstützung in der Betreuung und Mobilisierung ihrer hilfebedürftigen Mitbewohner.

Herr Schneider verweist hier auf das Persönliche Budget, das in den Sozialgesetzbüchern rechtlich verankert ist und auch in Einrichtungen wahrgenommen werden kann. So könne eine aktive Teilhabe am Leben in selbstbestimmter Form erreicht werden.

Für die Gruppe der Menschen mit einer Sinnesbeeinträchtigung sei dieses aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten schwieriger. Er bietet daher seine Hilfe an, ggf. entsprechende Alltagsbegleiter zu finden.

Herr Uhkötter teilt mit, dass z. B. Gebärdensprachdolmetscher nicht nur für die Beantragung und Ausführung von Sozialleistungen gestellt würden, sondern auch für Elternsprechtage oder Aufgaben der elterlichen Sorge im Kindergarten. Hier würden die Dolmetscher von der Schulaufsicht bzw. dem Jugendhilfeträger gezahlt.

Auf Nachfrage von Frau Kurp erläutert Herr Schneider, dass es beim Persönlichen Budget um die Teilhabe am öffentlichen Leben gehe, nicht um das Leben in der Einrichtung. Für die Unterstützung in den Einrichtungen seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen zuständig, allerdings fehlt es oft an ausreichendem Personal. Das Persönliche Budget sei die beste Möglichkeit für Menschen mit Behinderungen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen.

Frau Schloms dankt Herrn Schneider für seinen Bericht.

TOP 4: Verschiedenes / Neuer Termin

Herr Kirchhoff regt an, dass an den Schulen ein Wahlfach „Gebärdensprache“ angeboten werden sollte. Dies könne jedoch nur das Land regeln, so Frau Middendorf. Herr Kirchhoff wünsche sich zudem, dass an einer Schule im Kreis Warendorf Gebärdensprachdolmetscher ausgebildet werden. Im Kreis gebe es zu wenige Dolmetscher, daher wäre es sinnvoll, die entsprechende Fortbildung an einer Schule anzubieten.

Herr Niehenke teilt hierzu mit, dass in der Heinrich-Tellen-Schule ein Kernvokabular gelehrt werde.

Frau Schmelter nimmt die Anregung auf und wird diese bei der Gesamtschule in Ennigerloh ansprechen.

Frau Middendorf wird die Anregung an die Schulaufsicht beim Kreis Warendorf weitergeben.

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 25.04.2017

Herr Kirchhoff schildert einen Mailverkehr, den er mit der Tageszeitung "Die Glocke", Radio Warendorf, den Landtagsabgeordneten und diesjährigen Landtagskandidaten, den Fraktionen im Kreistag, dem KSL sowie dem Sozialamt des Kreises Warendorf geführt hat. Grund seien fehlende Dolmetscher für Podiumsdiskussionen zur Landtagswahl am 24.04. und 26.04.2017.

Er hatte um Stellung von Gebärdensprachdolmetschern (für Gehörlose) und einen Schriftdolmetscher (für Schwerhörige) gebeten, damit auch Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen an der Diskussion teilnehmen können.

Die Stellung der Dolmetscher sei jedoch aus Kostengründen und mangels kurzfristiger Verfügbarkeit von den Veranstaltern verweigert worden.

Herr Kirchhoff hofft jetzt auf die Möglichkeit der Teilnahme an einer Diskussionsrunde zur Landtagswahl am 04.05.2017 in Oelde und auf Übernahme der Kosten für Gebärdensprachdolmetscher.

Herr Uhkötter teilt mit, dass er den Anspruch auf einen Gebärdensprachdolmetscher für die Podiumsdiskussionen geprüft habe. Auf Stellung eines kostenlosen Gebärdensprachdolmetschers bestehe zurzeit kein Rechtsanspruch. Ein entsprechendes Antwortschreiben des Kreisdirektors sei am 21.04.2017 an Herrn Kirchhoff versandt worden.

Herr Kirchhoff hält es für sinnvoll, dass das Land NRW einen Topf für entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten bereithält.

Herr Schneider teilt mit, dass auch die Geschäftsführung des KSL informiert wurde. Da die KSL auch als Beschwerdestelle fungiere, werde er sich der Problematik annehmen und das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie das Bistum Münster kontaktieren, um einen Gebärdensprachdolmetscher zu finanzieren und so Herrn Kirchhoff die Teilnahme am 04.05.2017 zu ermöglichen.

Frau Schmelter weist auf die Broschüre "Einfach wählen gehen! Ihre Stimme zählt! - Infos in leichter Sprache" zur Landtagswahl 2017 hin. Diese sei seitens der Kreisverwaltung an alle Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf verteilt worden.

Frau Schloms ergänzt, dass sie 15 Exemplare beim Land NRW bestellt und erhalten habe.

Als Termin für die nächste Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen wird **Mittwoch, der 18.10.2017, 09.30 Uhr**, im Kreishaus Warendorf vereinbart.

Frau Schloms schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Susanne Schloms
Vorsitzende

Helmut Schabhüser
Schriftführer

Beauftragte der Städte und Gemeinden für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Beauftragte/ Beauftragter	Gemeinde/ Stadt
Frau Stefanie Lahme	Stadt Ahlen
Frau Monika Björklund	Stadt Beckum
Frau Elisabeth Wiengarten	Gemeinde Beelen
Frau Alessa Dohm	Stadt Drensteinfurt
Herr Elmar Rosek (ehrenamtlicher Inklusionsbeauftragter)	Stadt Drensteinfurt
Frau Marion Schmelter (ehrenamtliche Inklusionsbeauftragte)	Stadt Ennigerloh
Herrn Thomas Stohldreier	Gemeinde Everswinkel
Frau Mechthild Gröver	Stadt Oelde
Frau Maria Pries	Gemeinde Ostbevern
Herrn Helmut Helfers	Stadt Sassenberg
Frau Claudia Sandknop	Stadt Sendenhorst
Frau Karla Papendorf	Stadt Telgte
Herrn Dominik Lausch	Gemeinde Wadersloh
Frau Iris Blume	Stadt Warendorf
Frau Petra Pioch	Stadt Warendorf